

In der Mitteilung über die neuerlich geplante Änderung bei der „Arzt im Praktikum“-Phase – sie soll nun auf *ein Jahr* verkürzt werden, noch bevor sie überhaupt begonnen hat – beruft sich das Bundesgesundheitsministerium zwar auf „Vorstellungen der Bundesregierung“ und ein „Reformkonzept der Koalitionsparteien“; man muß sich allerdings ernsthaft fragen, ob es wirklich feste Vorstellungen darüber gibt, wie es nun weitergehen soll. Der Beginn der AiP-Phase wurde ja schon einmal um ein Jahr hinausgezögert und auf den 1. Juli 1988 verlegt. Daß dabei die Schwierigkeit, genügend Stellen zu finden, eine große Rolle spielte, erwähnt das Ministerium jetzt allerdings mit keinem Wort.

Jetzt heißt es, man habe „die Zeit bis zur Zulassung als Kassenarzt nicht weiter ausweiten“ wollen; da die einjährige Vorbereitungszeit für die Tätigkeit als Kassenarzt beibehalten werden soll, wollte man die ärztliche Ausbildung entsprechend verkürzen; deshalb nunmehr die kürzere AiP-Phase.

## Arzt im Praktikum

# Spielball

In den letzten Jahren gibt es viele Überlegungen, Gespräche, Verhandlungen darüber, ob und wie die künftige AiP-Phase strukturiert werden könne oder solle, um sie bei der Weiterbildung anrechnen zu können. Ganz abgesehen davon, daß man sich Gedanken und Sorgen über die Bezahlung und vor allem über ausreichende AiP-Plätze machen mußte. Noch wenige Tage vor der Änderung verhandelte zum Beispiel der Marburger Bund in Westfalen-Lippe mit den Krankenhausträgern. Dort müssen allein im Laufe des nächsten Jahres für 600 angehende Ärztinnen und Ärzte AiP-Stellen gefunden werden – und plötzlich ist alles hinfällig, man muß wieder von vorne anfangen.

Hinzu kommen weitere Ungereimtheiten: Man muß jetzt die Bundesärzteordnung und die Approbationsordnung er-

neut ändern. Dies soll gleichzeitig mit dem „Gesundheitsreformgesetz“ – das ist das geplante Gesetz über die Strukturreform – quasi in einem parlamentarischen Aufwasch erledigt werden. Was passiert aber, falls das „Gesundheitsreformgesetz“ nicht wie geplant über die parlamentarischen Hürden kommt? Oder nicht rechtzeitig? Und wie kann eigentlich eine Neuregelung, die erst am 1. Januar 1989 in Kraft treten soll, für Studenten gelten, die ihre ärztliche Prüfung schon vorher ablegen?

Kein Wunder, daß einige der ersten Stellungnahmen nicht viel sinnvoller waren. Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion meint, nun gebe es bestimmt genügend Stellen, und im Herbst könne es losgehen mit dem AiP – nur wird dann die gesetzliche Grundlage noch gar nicht in Kraft sein. Der SPD-Obmann im zuständigen Bundestagsausschuß erinnerte daran, daß die SPD schon immer statt des Arztes im Praktikum die Pflichtweiterbildung für Hausärzte gefordert habe; von der Qualität der Ausbildung von Ärzten, die nicht Hausarzt werden wollen, sagte er kein Wort. Und die Medizinstudenten in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften brachten es fertig, in diesem Eiertanz des Bundesgesundheitsministeriums folgendes zu sehen: einen „Versuch bestimmter ärztlicher Kreise, auch weiterhin exorbitante Einkommen für wenige sicherzustellen“.

Andererseits forderten sie, nun endlich eine grundlegende Reform des Medizinstudiums in Angriff zu nehmen, statt mit „tölpelhaften Versuchen gesetzgeberischer Tätigkeit“ die Studien- und Lebensplanung der Betroffenen unmöglich zu machen. Das sind zwar ziemlich starke Worte. Aber es ist etwas dran: Wer demnächst sein Medizinstudium beendet, der weiß zur Zeit wirklich nicht, wie es danach weitergehen soll. gb

Einen neuen Weg zur Drogenbekämpfung hat das Parlament des amerikanischen Staates Illinois beschlossen: Es erhebt Steuern. Der Tarif ist einfach: Fünf Gramm Marihuana kosten fünf Dollar; andere Drogen wie Heroin oder Kokain werden mit 250 Dollar je Gramm belastet; Psychopillen kosten 2000 Dollar je Fünfpackerpackung.

Wenn ein Dealer erwischt wird, dessen Ware keine Steuer-marke trägt, kostet ihn das zehntausend Dollar Geldstrafe und zusätzlich drei Jahre Knast.

Die Marken muß der Dealer sich vor dem Dealen besorgen, wahrscheinlich beim Finanzamt. Je nach Nennwert zeigt die Steuer-marke ein durchgestrichenes Marihuanablatt oder einen Schädel mit gekreuz-

## Drogen

# Dealer-Steuer

ten Knochen sowie die Aufschrift: „Just say no“. Wie groß der Sammlerwert einmal sein wird, weiß man noch nicht. Man erwartet aber, daß die Marken schon in kurzer Zeit bei philatelistischen Auktionen auftauchen werden.

Das alles ist kein Witz, sondern in seriösen amerikanischen Zeitschriften zu lesen. Ein Versuch, den alten Spruch „Crime does not pay“ umzukehren in „To make crime pay“ – für die Staatskasse? Andererseits: So ungewöhnlich ist das auch nicht – denken wir nur an die Besteuerung der Zuhältere! bt